

Haushaltsrede 2026

„There is no such thing as public money; there is only taxpayers' money“

Ex-Premierministerin Margaret Thatcher

am 22. April 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

im Jahr 2023 betitelten wir unsere Haushaltsrede mit „Löhne ist pleite“. Damals konnten sich einige hier im Saal Bemerkungen wie „Schwarzmalerei“ und „Polemiker“ nicht verkneifen. Seitdem sind nun 3 Jahre vergangen. Hat sich im Haushaltsentwurf 2026 etwas zum Positiven gewandelt?

Bevor wir in die Tiefen des Haushalts hinabsteigen, werfen wir doch zunächst einmal einen Blick auf die Schulden der Stadt sowie seiner verbundenen Unternehmen. Sie, Herr Bürgermeister, haben im Wahlkampf ja stets behauptet, dass die Schulden der Stadt konstant seien und nicht gestiegen sind. Wir zwei erinnern uns sicher gerne an die Schüler-Veranstaltung in der Werretal-Halle. Im Jahr 2022 betrug die Verschuldung der Stadt, ohne verbundene Unternehmen, 33,9 Mio. Euro und im Jahr 2025 dann 56,8 Mio. Euro. Eine Steigerung der Verschuldung um 22,9 Mio. Euro bzw. 67,4 % in drei Jahren. Und die nächsten Jahre? Im Jahr 2026 sehen wir nun einen Sprung von 59,77 Mio. Euro auf 96,55 Mio. Euro und bis 2028 eine Stagnation bei ca. 90 Mio. Euro. Vergleicht man also 2022 mit der Planung für 2028 ergibt das eine Steigerung um 56,7 Mio. Euro bzw. 167,3 %. Herr Bürgermeister, haben Sie in der Schule in Mathematik nicht aufgepasst, keine Ahnung von der Materie oder es bei den Wählern mit der Wahrheit nicht ganz so genau genommen?

Noch erdrückender wird es, wenn Sie sich die Gesamtsumme der Verschuldung inkl. der verbundenen Unternehmen anschauen. Lagen diese 2022 noch bei 89,3 Mio. Euro, so stiegen sie in 2024 auf 123,0 Mio. Euro. Für 2026 ist eine Gesamtverschuldung von 184,97 Mio. Euro geplant und diese wächst bis 2028 auf schwindelerregende 196,8 Mio. Euro an. Wie gesagt, es sind die Zahlen aus Ihrer Kämmererei; Sie können Sie nachlesen unter Az 55/2026. Was bedeutet das für die Löhner Bürgerinnen und Bürger? Das sind 5.000 Euro Schulden je Einwohner vom Baby bis zum Greis... und jedes Neugeborene bekommt somit „5.000 Euro Schulden als Begrüßungsgeld“, das es später über Steuern und Abgaben abzahlen muss.

Schauen wir uns nun einmal die Vermögensseite an. Auch hierzu hatten wir unter dem Az 103/2026 eine Anfrage gestellt bei der sich die Verwaltung doch ach so schwer tat, diese zu beantworten. Ein Blick in Band 2 des Haushaltsplans 2026 hätte geholfen. Dort finden Sie den Jahresabschluss, wenn auch von 2022 und auf der Seite der Aktiva das Anlage- und Umlaufvermögen.

Damit stehen dem Vermögen von ca. 235 Mio. Euro Schulden von ca. 200 Mio. Euro gegenüber und wir bewegen uns an der Grenze, dass die Schulden die Vermögenswerte übersteigen und im Jahr 2028 die Überschuldung droht. Vielleicht fragen Sie mal einen Wirtschaftsprüfer, was er von der Situation hält. Die Tatsache, dass Sie das Eigenkapital dieser Stadt selbst aufzehren, finden Sie übrigens ebenfalls in Band 2 des Haushaltsplans und zwar auf Seite 102. Während dort für 2022 noch 53,3 Mio. Euro Eigenkapital ausgewiesen werden, sind es 2026 lediglich noch 26,3 Mio. Euro und 2029 dann -4,4 Mio. Euro. Damit ist das Eigenkapital verbraucht und bei jedem Unternehmen würde §268 Abs. 3 HGB greifen => die Überschuldung des Unternehmens.

Wollen wir also festhalten:

Die Schulden wachsen auf ca. 200 Mio. Euro und damit bewegt sich die Stadt direkt auf die Überschuldung zu; eine hochgradig riskante Mischung.

Und damit wechseln wir die Perspektive auf die kurzfristige Ergebnisrechnung des Haushalts:

Dort stehen Erträge in Höhe von 126,5 Mio. Euro Aufwendungen in Höhe von 143 Mio. Euro gegenüber und somit ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -16,5 Mio. Euro. Hinzu kommt dann noch das Finanzergebnis, so dass wir in Summe auf -14,8 Mio. Euro kommen. Und die Folgejahre: In 2027 ein Minus von 13,7 Mio. Euro, in 2028 ein Minus von 13,3 Mio. Euro und in 2029 ein Minus von 12,6 Mio. Euro... irgendwie müssen die 200 Mio. Euro Schulden schließlich zusammenkommen.

Ein bisschen Linderung ergibt sich dann augenscheinlich aus dem globalen Minderaufwand, zu dessen Aufbau und Problematiken die CDU-Fraktion bereits in der Haushaltsrede 2025 ausführlich Stellung bezogen hat. Die 2%-Regelung führt zu folgendem Phänomen: Je höher die ordentlichen Aufwendungen, desto höher der nominelle Kürzungswert der globalen Minderausgaben. Wirkt optisch gut: Jährlich 2,9 - 3,0 Mio. Euro.

Die Idee des globalen Minderaufwands ist zunächst einmal richtig gemeint, aber wenn dieser wie hier über Jahre fest eingeplant wird, ist es am Ende eher wie eine Skonto-Vereinbarung im Vertrieb; vorher reingerechnet, um es dann nachzulassen. Die vorgenannten Jahresfehlbeträge reduzieren sich damit auf Größen zwischen 11,9 Mio. Euro in 2026 und 10,3 Mio. Euro in 2028.

Im Folgenden schauen wir uns die Erträge und die Aufwendungen etwas detaillierter an. Beginnen wir mit der Grundsteuer, die neben der Gewerbesteuer die Haupteinnahmequelle ist. Sicherlich können wir uns alle noch an die Einbringung des Haushalts 2025 sowie die Worte des Ex-SPD-Bürgermeisters Bernd Poggemöller erinnern. Damals sagte er - steht übrigens auch in den alten Präsentationen, dass die Grundsteuerhebesätze ausgehend von 605 % für Wohnen und 1.210 % für Nicht-Wohnen jährlich um 10 %-Punkte für Wohnen und 20 %-Punkte für Nicht-Wohnen steigen sollten. Nach den Worten von Bernd Poggemöller wären

das 1,61 % und läge damit sogar unterhalb der Inflationsrate; rechnerisch richtig. Jetzt wird es spannend: Wenn Sie auf Folie 21 der Präsentation des Haushaltsentwurfs schauen. Dort stehen plötzlich:

749 % Hebesatz für Wohnen und 1.498 % Hebesatz für Nicht-Wohnen

Das sind aber nicht 1,61 % Steigerung; mit Bezug auf die aktuellen Hebesätze ist es eine Erhöhung von 23,8 %. Das ist der wahre Wert, um den Sie hier die Bürgerinnen und Bürgern sowie die Unternehmen zur Kasse bitten wollen.

Und damit nicht genug; zumindest nicht für die Unternehmen. Deren Ergebnisse werden aktuell mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 450 % besteuert. Vor einem Jahr haben Sie angegeben, dass Sie diesen „nur“ um 5%-Punkte erhöhen wollen; sprich auf 455 %. Ebenfalls auf Folie 21 Ihrer Präsentation taucht dort nun ein Hebesatz von 468 % auf. Das sind satte 4,00 % Steigerung in einem Jahr. Und wenn Sie auf Ihre Folie 11 schauen, sehen Sie dort eine Steigerung der Gewerbesteuer von ca. 27,2 Mio. Euro in 2025 auf 31,2 Mio. Euro in 2026; das sind aber nicht Ihre 4,00 % Erhöhung. Das sind satte 3,96 Mio. Euro bzw. 14,54 % Steigerung bei den Gewerbesteuereinnahmen. Rechnen wir doch einmal nach, wie viel „mehr“ an Gewinn und Umsatz Unternehmen erwirtschaften müssten, um Ihre Planung zu erreichen:

$3,96 \text{ Mio. Euro} / 468 \% \text{ Hebesatz} / 3,5 \% \text{ Steuermesszahl} = 24,2 \text{ Mio. „mehr“ Gewerbeertrag}$
bzw. Gewinn, den die Löhner Unternehmen erwirtschaften müssen

Was heißen den 24,2 Mio. „mehr“ Gewinn für die Unternehmen? Gehen wir von einer 5%-igen Umsatzrendite aus. Dann reicht ein einfacher Dreisatz und wir kommen auf 484 Mio. „mehr“ Umsatz, den die Unternehmen erwirtschaften müssten, um Ihre „Gewerbesteuerträume“ zu realisieren. Wir reden von fast einer halben Milliarde Euro „mehr“ Umsatz. Wo sollen die denn herkommen? Ist bei Ihnen eigentlich schon angekommen, dass sich dieses Land in einer Rezession befindet?

Löhnes Gewerbesteuer hängt vor allem an zwei großen Branchen; der Küchenindustrie und der Logistik. Viele Küchenhersteller aus Ostwestfalen haben Kurzarbeit angemeldet oder fahren „Freischichten“ und Hermes hat gerade öffentlichkeitswirksam den „Hermes-Charity-Cup“ abgesagt; Begründung: „die angespannte wirtschaftliche Lage“ (Zitatende).

Sie bauen hier also Luftschlösser und vertrauen darauf, dass es niemand merkt.

Saftige Steuererhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuern von denen sich ein Teil wohl kaum realisieren lässt, sind also die zwei Hauptfundamente Ihrer Einnahmenseite; in Summe 71,53 Mio. Euro. Dazu kommen noch Zuwendungen und allgemeine Umlagen mit 33,86 Mio. Euro und öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 8,58 Mio. Euro; darin enthalten Ihre „geliebten“ Förderungen; natürlich auch nur Steuergeld, welches man den Bürgerinnen und Bürgern an

anderer Stelle weggenommen hat. Damit wären wir dann in Summe bei Erträgen in Höhe von 126,5 Mio. Euro.

Schauen wir uns die Ausgabenseite an, die mit Aufwendungen von in Summe 143,0 Mio. Euro deutlich höher ausfällt, wie die Einnahmenseite. Hier gilt es nun zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben zu unterscheiden.

Leider besteht der kommunale Haushalt mittlerweile zu einem Großteil aus konsumtiven Ausgaben, sprich vor allem Transferleistungen, die durch Bundesgesetze vorgegeben sind. Das der Bund es an dieser Stelle mit dem Konnexitätsprinzip in Art. 104 GG nicht ganz so genau nimmt, ist unstrittig. Kurz gesagt: „Der Bund bestellt und die Kommunen sollen bezahlen.“ Schauen wir aber doch einmal auf die Gesetze, die die Hauptkostentreiber für die Kommunen sind:

Der größte Kostenblock sind die Sozialgesetze SGB II für das Bürgergeld, SGB VIII für die Kinder- und Jugendhilfe, SGB XI Soziale Pflegeversicherung und Heimpflege sowie das SGB XII „Grundsicherung im Alter“. Hinzu kommen das Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung, der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung sowie die Wohngeldreform. Alles Gesetze, die sicher gut gemeint sind; alles Gesetze, die den Betroffenen helfen - alles Gesetze, die auf Bundesebene beschlossen wurden und die Kommunen bezahlen sollen. Gibt es sonst noch Gemeinsamkeiten? Ja, alle Gesetze, stammen aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Bundesbauministerium. Und was haben beide Ministerien gemeinsam? Richtig, sie werden von der SPD geführt. Das Bauministerium von Frau Geywitz und das Arbeitsministerium von Ihrer Genossin Bas. Also, wenn Sie sich das nächste Mal über „den Bund“ beklagen, der Geld ausgibt, ohne sich um die Finanzierung zu kümmern, rufen Sie doch Ihre Genossen im Willy-Brandt-Haus an, denn dort sitzen die Verantwortlichen für die Misere der kommunalen Finanzen.

Der nächste große Ausgabenblock ist die Kreisumlage, die in diesem Jahr um über 5 Mio. Euro steigen wird. Schauen wir also kurz in den Kreishaushalt. Auch hier ist die größte Einzelposition mit 306,8 Mio. Euro der Punkt „Transferaufwendungen“ und darin wieder Themen wie „Kosten der Unterkunft / Wohngeld“, gestiegen von 35 auf 47,5 Mio. Euro, Leistungen zum „Bürgergeld“, gestiegen von 5,5 auf 13 Mio. Euro oder die Heimpflege von 14,6 Mio. auf ca. 20 Mio. Euro. Nur 3 Beispiele, die in Summe aber Kostensteigerungen von 25,4 Mio. Euro bewirken; und das innerhalb von 5 Jahren. Damit wären wir wieder bei der Finanzierung durch den Bund; sprich beim Bundesarbeits- sowie dem Bauministerium. Also die SPD-geführten Ministerien, die mal „richtig gestalten“ und nicht wissen wie sie es bezahlen sollen. Noch so ein Klotz im Kreishaushalt sind die Verluste um das Klinikum. Dort musste man eine Kapitalerhöhung von 50 Mio. Euro für 2025 und 2026 vornehmen, um den Geschäftsbetrieb aufrecht zu erhalten; auf gut Deutsch: Es mussten 50 Mio. Euro zugeschossen werden, da das Klinikum sonst pleite wäre. In Summe kommt der Kreis auf über 100 Mio. Euro, die dem Klinikum zugeschossen werden müssen. Komisch früher unter einem SPD-Landrat fiel das alles nicht auf...

Damit kommen wir zum dritten großen Ausgabenblock im städtischen Haushalt; den Personalaufwendungen. Während der Kreis, mittlerweile unter CDU-Führung, mit einem „0-Stellenplan“ in den aktuellen Haushalt geht, wird in Löhne weiter munter Personal aufgebaut. Im Saldo wieder über 5 Planstellen mehr im aktuellen Stellenplan. Und während zwei Dezernat Stellen abbauen, gibt es ein Dezernat, geführt von einem Genossen, und den Bereich des Bürgermeisters, wo munter Stellen aufgebaut werden. Sicherlich gibt es gute Argumente für all diese Stellen und am allerwenigstens kann man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Vorwurf machen, aber es ist schlicht kein Geld vorhanden, um diese Stellen zu finanzieren; aber damit wären wir dann wieder bei den saftigen Steuererhöhungen von der Einnahmenseite. Auf Themen wie die Einrichtung einer dritten Bürgermeisterstelle für Ihre grünen Genossen oder die abgelehnte Verkleinerung des Rats, werden sicherlich die Kollegen noch ausführlich eingehen.

Somit bleibt dann nicht mehr viel für die investiven Ausgaben einer Stadt übrig. Deshalb gilt es nun umso umsichtiger mit diesen Ausgaben umzugehen, dann eins dürfen wir nicht vergessen und Margaret Thatcher hat es auf den Punkt gebracht: „There is no such thing as public money; there is only taxpayers' money“.

Deshalb dürfen wir das Geld nicht für die in den letzten Jahren bereits viel zitierten einzelnen „Leuchtturmprojekte“ verbrauchen, sondern müssen es behutsam einsetzen. Sie dürfen nicht vergessen, jede Million Mehrausgaben bedeutet eine Erhöhung der Grundsteuer um 65 Punkte; können Sie nachlesen in der Vorlage 382/2024.

Und hier nur ein Beispiel: Das Schwimmbad

Wie sich ein Schwimmbad zum finanziellen Desaster entwickeln kann, haben wir beim Lehrschwimmbassin in Melbergen gesehen. Aus den pressewirksam angekündigten 3,3 Mio. Euro wurden am Ende fast 6 Mio. Euro Investitionen; natürlich ist die Förderung nicht entsprechend gestiegen. Die Differenz belastet den städtischen Haushalt. Und wie der Betrieb eines städtischen Schwimmbads den städtischen Haushalt zugrunde richten kann, sieht man in Bad Oeynhausen. Da wollte damals auch ein SPD-Bürgermeister mal richtig „gestalten“... und das Ergebnis ist ein jährlicher Verlust von fast 3 Mio. Euro, der die Stadtwerke Bad Oeynhausen unweigerlich in die Insolvenz drückt, wenn er nicht vom städtischen Haushalt ausgeglichen würde. Und in Löhne? Im Herbst 2023 hat die Firma CONSTRATA 34 Mio. Euro für ein neues Bad veranschlagt. Ausgehend von einem Baupreisindex von je 6% p.a. sind wir heute bei 40,5 Mio. Euro; wenn wir heute fertig wären. Bei einer Abriss- und Bauzeit von drei Jahren und einer Fortschreibung des Baupreisindex wären wir bei 48,2 Mio. Euro in 2028. Steuerlich abgeschrieben über 33 Jahre belastet das den Haushalt mit fast 1,5 Mio. Euro pro Jahr + Betriebskosten. Übrigens, die CDU-Fraktion hatte bereits im Nov. 2022 ein Schwimmbad-Konzept vorgeschlagen, welches u.a. auch die Bedürfnisse vom Aquarius und DLRG berücksichtigte. Wahrscheinlich wären wir heute auch schon fertig mit Bauen...

So schließt sich wieder der Kreis und wir sind bei den nächsten Steuererhöhungen, die unweigerlich kommen wird, wenn wir nicht endlich aufhören, das Geld mit vollen Händen auszugeben.

(Denn auch der schöne Traum vom „Sondervermögen“ ist mittlerweile zerplatzt wie eine Seifenblase. Wir alle erinnern uns noch gerne an das vergangene Jahr in dem die Verwaltungsspitze und linke Teile des Rats von bis zu 40 Mio. Euro träumten und sich bereits ausmalten, was sie davon alles bauen wollten. Aus den 40 Mio. Euro wurden dann dummerweise aber nur 16,7 Mio. Euro verteilt auf 12 Jahre und diese Summe reicht rein rechnerisch gerade einmal, um die neue Grundschule in Löhne-Ort zu bauen. Schade: Aus der Traum. Vielleicht sollte man es doch mal mit sparen versuchen?)

Tiefer können wir hier jetzt leider nicht einsteigen, denn das SPD-geführte Bürgermeisterbüro will schließlich die Redezeit der durch den Souverän gewählten Vertreter beschneiden. Ist ja auch viel bequemer, wenn im Rat nicht so offen über die Misere gesprochen wird, den ein halbes Jahrhundert SPD in Löhne hinterlassen hat.

Und nun wollen wir mal schauen, was für die Bürgerinnen und Bürger, sprich den Souverän bleibt:

Sie reden immer davon, dass Sie die Bürgerinnen und Bürger unterstützen und in Löhne weiter „gestalten“ wollen. Dann sagen Sie ihnen aber bitte auch, dass es ihr Geld ist, welches sie ihnen durch eine satte Steuererhöhung wegnehmen wollen. Anderer Leute Geld nehmen und damit etwas „gestalten“... das erklären sie mal der arbeitenden Bevölkerung. Tja, die Kommunalwahl ist jetzt 6 Monate her und die nächste Wahl findet erst in 4,5 Jahren statt. Sie hoffen wahrscheinlich, dass die Bürgerinnen und Bürger die Erhöhung bis dahin wohl wieder vergessen haben werden. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig daran erinnern.

Und der Blick auf die Unternehmen:

Von Wirtschaftsfreundlichkeit reden und gleichzeitig die Grund- wie auch die Gewerbesteuer erhöhen. Naja, Unternehmen können ja nicht wählen...falsch, können Sie doch, und zwar den Unternehmensstandort.

Wir haben also einen Haushalt dessen Einnahmen und hier insbesondere die Gewerbesteuer von, wie hieß es früher am neuen Markt „Phantasie“ lebt und auf Sand gebaut ist, während Sie den Ausgabenteil, den Sie wirklich beeinflussen könnten, immer weiter steigen lassen und die Konstruktion damit immer mehr ins Wanken gerät.

Aus diesem Grund lehnt die CDU-Fraktion den vorgelegten Haushalt ab.

Ich danke Ihnen.

gez. Prof. Dr. Maik Büssing

- Fraktionsvorsitzender -